

Nr. 19/410**Fragestunde**

1. Barrierefreiheit in öffentlichen Gebäuden
Anfrage der Abgeordneten Silvia Neumeyer, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 14. Juni 2016
 2. Mehrfach-Ehen im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 15. Juni 2016
 3. Erste Wahl des Massenmörders, legale Besitzmöglichkeiten von halbautomatischen „Sturmgewehren“ in Deutschland
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 16. Juni 2016
 4. Durchsetzung von Straftatbeständen des Gesetzes über das Halten von Hunden
Anfrage der Abgeordneten Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 16. Juni 2016
 5. Steigende Einbürgerungen im Lande Bremen
Anfrage der Abgeordneten Antje Grotheer, Sükrü Senkal, Björn Tschöpe und Fraktion der SPD vom 16. Juni 2016
 6. Bau und Betrieb des Rechen- und Dienstleistungszentrums zur Telekommunikationsüberwachung
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 28. Juni 2016
 7. Unfall-Drama um 13-Jährigen
Anfrage der Abgeordneten Christian Schäfer, Piet Leidreiter und Gruppe ALFA vom 28. Juni 2016
 8. Mangel an Berufsschullehrerinnen und Berufsschullehrern in Bremen und Bremerhaven
Anfrage der Abgeordneten Christian Schäfer, Piet Leidreiter und Gruppe ALFA vom 28. Juni 2016
 9. OTB adé?
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 5. Juli 2016
 10. Datenschutz beim Bewohnermanagement in Unterkünften für Geflüchtete
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Klaus-Rainer Rupp, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 11. Juli 2016
- Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von den Antworten des Senats Kenntnis.
11. Stärkung der Bewohnerbeiräte und Bewohnerfürsprecher in Pflegeeinrichtungen
Anfrage der Abgeordneten Heiko Strohmann, Sigrid Grönert, Rainer Bensch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 14. Juli 2016

12. Einigung über die Finanzierung der Flüchtlingskosten
Anfrage der Abgeordneten Dr. Magnus Buhlert, Lencke Steiner und Fraktion der FDP vom 15. Juli 2016
13. Gründungsgeschehen und Firmeninsolvenzen im Land Bremen
Anfrage der Abgeordneten Jörg Kastendiek, Susanne Grobien, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 18. Juli 2016
14. Mieterbefragung und Datenschutz
Anfrage der Abgeordneten Susanne Grobien, Dr. Thomas vom Bruch, Thomas Röwekamp und Fraktion der CDU vom 20. Juli 2016
15. Offene Haftbefehle im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 21. Juli 2016
16. Geduldete Ausländer im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 21. Juli 2016
17. Aufenthaltsgewährung bei nachhaltiger Integration
Anfrage der Abgeordneten Wilko Zicht, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 25. Juli 2016
18. Abschaffung der Bareinzahlung auf den Vollstreckungsstellen
Anfrage des Abgeordneten Jan Timke (BIW) vom 8. August 2016
Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.
19. Fortsetzung des Landesaufnahmeprogramms für Verwandte syrischer Flüchtlinge
Anfrage der Abgeordneten Wilko Zicht, Björn Fecker, Dr. Maike Schaefer und Fraktion Bündnis 90/Die Grünen vom 9. August 2016
Diese Anfrage ist vom Fragesteller zurückgezogen.
20. Paralleljustiz
Anfrage der Abgeordneten Christian Schäfer, Piet Leidreiter und Gruppe ALFA vom 16. August 2016
21. Kinderehen im Land Bremen
Anfrage des Abgeordneten Alexander Tassis (AfD) vom 17. August 2016
22. Vermittlungen in privaten Wohnraum
Anfrage der Abgeordneten Sophia Leonidakis, Kristina Vogt und Fraktion DIE LINKE vom 17. August 2016
Diese Anfragen hat der Senat gemäß § 30 Absatz 5 der Geschäftsordnung der Bremischen Bürgerschaft schriftlich beantwortet.

Nr. 19/411

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Mitteilung des Senats vom 23. Februar 2016

(Drucksache [19/306](#))

2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/412

Gesetz zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag

Bericht und Antrag des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit
vom 23. Mai 2016
(Drucksache [19/455](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des Ausschusses für Wissenschaft, Medien, Datenschutz und Informationsfreiheit Kenntnis.

Nr. 19/413

Guter Hoffnung – Geburtshilfe in Bremen verbessern

Große Anfrage der Fraktionen Bündnis 90/Die Grünen und der SPD
vom 21. April 2016
(Drucksache [19/400](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 28. Juni 2016

(Drucksache [19/655](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/414

Zweites Gesetz zur Änderung des Landesmindestlohngesetzes

Mitteilung des Senats vom 8. März 2016
(Drucksache [19/323](#))
2. Lesung

Die Bürgerschaft (Landtag) beschließt das Gesetz in zweiter Lesung.

Nr. 19/415

Mangelhafte Kontrolle der Millionensubvention für die Jacobs University Bremen

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 27. April 2016
(Neufassung der Drucksache [19/401](#) vom 25. April 2016)
(Drucksache [19/410](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 14. Juni 2016

(Drucksache [19/645](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/416

Sanierungsziele der Jacobs University effektiv kontrollieren

Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 22. August 2016
(Drucksache [19/702](#))

D a z u

Änderungsantrag der Fraktion der FDP vom 24. August 2016

(Drucksache [19/714](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/417

Organisierte Ausbeutung mittels Scheinarbeitsverträgen in Bremerhaven

Große Anfrage der Fraktion DIE LINKE
vom 10. Mai 2016
(Drucksache [19/423](#))

D a z u

Mitteilung des Senats vom 31. Mai 2016

(Drucksache [19/623](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von der Antwort des Senats Kenntnis.

Nr. 19/418

Einsetzung eines parlamentarischen Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Gründe, des Ablaufs und der Aufarbeitung des organisierten Sozialleistungsbetruges in Bremerhaven in der Zeit mindestens von Anfang 2013 bis April 2016

Antrag der Abgeordneten Ahrens, Bensch, Bergmann, Bernhard, Dr. vom Bruch, Dertwinkel, Eckhoff, Erlanson, Grobien, Grönert, Hinners, Imhoff, Janßen, Kastendiek, Leonidakis, Lucht, Lübke, Neumeyer, Özdal, Rohmeyer, Röwekamp, Rupp, Schnittker, Strohmann, Strunge, Tuncel, Vogt, Dr. Yazici
vom 17. August 2016
(Drucksache [19/695](#))

D a z u

Änderungsantrag der Gruppe ALFA vom 23. August 2016

(Drucksache [19/704](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Änderungsantrag ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) stimmt dem Antrag wie folgt zu:

Die Bürgerschaft (Landtag) setzt einen aus neun Mitgliedern und neun stellvertretenden Mitgliedern bestehenden parlamentarischen Untersuchungsausschuss mit dem Auftrag ein, im Rahmen der verfassungsmäßigen Zuständigkeit des Landes, die Gründe und den Ablauf des massenhaften Sozialleistungsbetruges in Bremerhaven im Zeitraum mindestens von Anfang 2013 bis April 2016 zu untersuchen.

Der parlamentarische Untersuchungsausschuss soll klären, wie es dazu kommen konnte, dass über mehrere Jahre hinweg in organisierter Struktur mutmaßlich mehr als 1 000 EU-Zuwanderer, vor allem aus Bulgarien und Rumänien, nach Bremerhaven gelockt, mit Scheinarbeitsverträgen zum Zwecke des Sozialleistungsbetruges ausgestattet wurden und zumindest teilweise auf dem Arbeitsmarkt ausgebeutet wurden. Zudem soll aufgeklärt werden, welcher Schaden durch die betrügerische Inanspruchnahme von Sozialleistungen und Fördermitteln entstanden ist und ob und ggf. wer in welcher Art und welchem Umfang dabei Beihilfe geleistet hat, gegebenenfalls mit dem Ziel der persönlichen Bereicherung.

Über das Ergebnis der Untersuchungen und die sich daraus ergebenden Konsequenzen ist der Bürgerschaft (Landtag) Bericht zu erstatten.

Der Untersuchungsauftrag erstreckt sich auf folgende Themenkomplexe:

- Bestimmung der genauen Anzahl und Art der Betrugsfälle sowie der betroffenen Personen;
- Aufklärung der hinter dem Betrug stehenden Organisationsstruktur und des „modus operandi“;
- Ablauf und Standardisierung der Antragsprüfung;
- Umfang und Funktionsfähigkeit der Kontrollmechanismen in den beteiligten Behörden;
- Zusammenarbeit der beteiligten Bundes-, Landes- und kommunalen Behörden und Abteilungen;

- personeller oder organisatorischer Zusammenhang mit vergleichbaren Fällen in anderen Kommunen und möglicherweise weiteren ähnlich gelagerten Fällen im Land Bremen;
- personelle, organisatorische und gesetzgeberische Konsequenzen aus den untersuchten Betrugsfällen, veränderte Verfahren, Strategien, Kontrollmechanismen und rechtliche Grundlagen;
- die politische und administrative Verantwortung des Magistrats der Stadt Bremerhaven sowie des Senats.

Dabei sollen insbesondere folgende Sachverhalte untersucht werden:

- chronologischer Ablauf der Betrugshandlungen, der Mitteilungen an beaufschlagende Behörden und Amtsträger und ihrer Aufklärung;
- Begünstigung der Betrugsfälle durch strukturelle und organisatorische Rahmenbedingungen;
- Umgang mit Hinweisen auf mutmaßliche Betrugshandlungen in den beteiligten Behörden und Ämtern;
- Zusammenarbeit zwischen dem Magistrat, dem Jobcenter und Sozialamt Bremerhaven untereinander sowie mit Trägern und Vereinen;
- Aufarbeitung und Abarbeitung der aufgedeckten Fälle im Jobcenter und dem Sozialamt Bremerhaven;
- Nutznießer der ausbeuterischen Beschäftigung, einschließlich möglicher illegaler Arbeitnehmerüberlassung und möglicher ausbeuterischer Mietverhältnisse sowie der Veruntreuung von Fördermitteln;
- Handeln und Unterlassen der beteiligten Behörden in Bezug auf mögliche Verfahrenshindernisse;
- Umgang mit möglichen sozialen Notlagen betroffener Personengruppen, insbesondere Kinder und Kranke;
- Eingreifen des Senats im Wege der Rechtsaufsicht gemäß Artikel 147 BremLV;
- Auswirkungen des organisierten Betruges auf die Arbeitslosenstatistik;
- Stand und Ergebnisse strafrechtlicher Ermittlungsverfahren;
- Art und Höhe des entstandenen und zukünftigen Schadens für Bund, Land, Gemeinden, Sozialversicherungsträger sowie weitere Geschädigte;
- Stand der Rückforderung unrechtmäßig erhaltener Zahlungen und Abschöpfung durch Betrug erlangter Vermögen bei den Nutznießern des Betrugs.

Nr. 19/419

Wahl der Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Gründe, des Ablaufs und der Aufarbeitung des organisierten Sozialleistungsbetruges in Bremerhaven in der Zeit mindestens von Anfang 2013 bis April 2016

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt folgende Abgeordnete als Mitglieder und stellvertretende Mitglieder des Untersuchungsausschusses zur Untersuchung der Gründe, des Ablaufs und der Aufarbeitung des organisierten Sozialleistungsbetruges in Bremerhaven in der Zeit mindestens von Anfang 2013 bis April 2016:

Von der Fraktion der SPD:

Mitglieder	Stellvertreterin/Stellvertreter
Grotheer, Antje	Reinken, Dieter
Möhle, Klaus	Seyrek, Ali
Weigelt, Helmut	Tuchel, Valentina

Von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen:

Mitglieder	Stellvertreterin/Stellvertreter
Dogan, Sülmez	Saffe, Jan
Öztürk, Mustafa	Yildiz, Kabire

Von der Fraktion der CDU:

Mitglieder	Stellvertreterin/Stellvertreter
Dr. vom Bruch, Thomas	Grönert, Sigrid
Rohmeyer, Claas	Özidal, Turhal

Von der Fraktion DIE LINKE:

Mitglied	Stellvertreterin
Janßen, Nelson	Vogt, Kristina

Von der Fraktion der FDP:

Mitglied	Stellvertreter
Prof. Dr. Hiltz, Hauke	Dr. Buhlert, Magnus

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den Abgeordneten Nelson Janßen zum Vorsitzenden und den Abgeordneten Dr. Thomas vom Bruch zum stellvertretenden Vorsitzenden des Untersuchungsausschusses.

Nr. 19/420

TTIP-Verhandlungen als Chance begreifen – Abschaffung des „Jones Act“ auf die Agenda setzen

Antrag der Gruppe ALFA
vom 28. April 2016
(Drucksache [19/411](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/421

TTIP-Verhandlungen sind eine Chance Protektionismus im Sinne Bremens und Bremerhavens zu überwinden

Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 23. August 2016
(Neufassung der Drucksache [19/698](#) vom 18. August 2016)
(Drucksache [19/706](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag auf Überweisung an den Ausschuss für Angelegenheiten der Häfen im Lande Bremen ab.

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/422

Zivilklausel umsetzen – Keine Studiengangskooperation zwischen bremischen Hochschulen und der Bundeswehr

Antrag (Entschließung) der Fraktion DIE LINKE
vom 3. Mai 2016
(Drucksache [19/420](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 19/423

Arbeit von Hochschulen und Bundeswehr stärken – Kooperation unterstützen

Antrag der Fraktion der CDU
vom 24. Mai 2016
(Drucksache [19/457](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Antrag ab.

Nr. 19/424

Hochschulautonomie respektieren – Studiengangskooperation der Hochschule nicht beeinflussen

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 13. Juni 2016
(Drucksache [19/643](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) lehnt den Entschließungsantrag ab.

Nr. 19/425

Sicherheitsgefühl stärken – Aufklärung von Einbrüchen verbessern!

Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 17. Mai 2016
(Drucksache [19/432](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) überweist den Entschließungsantrag zur Beratung und Berichterstattung an die staatliche Deputation für Inneres.

Nr. 19/426

Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Haushaltsjahr 2013

Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 2014
(Drucksache [18/1682](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) erteilt dem Senat aufgrund des § 114 Absatz 1 der Landeshaushaltsordnung Entlastung.

Nr. 19/427

Jahresbericht 2015 – Land – des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen vom 13. April 2015

(Drucksache [18/1825](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Jahresbericht 2015 der Freien Hansestadt Bremen – Land – Kenntnis.

Nr. 19/428

Bericht und Antrag des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses zur Haushaltsrechnung der Freien Hansestadt Bremen für das Jahr 2013 (Mitteilung des Senats vom 16. Dezember 2014, Drs. [18/1682](#)) und zum Jahresbericht 2015 – Land – des Rechnungshofs der Freien Hansestadt Bremen vom 13. April 2015 (Drs. [18/1825](#)) vom 6. Juni 2016

(Drucksache [19/633](#))

Die Bürgerschaft (Landtag) tritt den Bemerkungen im Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses bei.

Die Bürgerschaft (Landtag) nimmt von dem Bericht des staatlichen Rechnungsprüfungsausschusses Kenntnis.

Nr. 19/429

Wahl von zwei Mitgliedern des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt den parteilosen Abgeordneten

Bernd R a v e n s ,

der bereits Mitglied des Ausschusses ist, anstelle der Abgeordneten Petra Jäschke und die Abgeordnete

Birgit B e r g m a n n

zu Mitgliedern des Ausschusses für Bundes- und Europaangelegenheiten, internationale Kontakte und Entwicklungszusammenarbeit.

Nr. 19/430

Wahl eines Mitglieds des Landesjugendhilfeausschusses

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Petra J ä s c h k e

anstelle des Abgeordneten Patrick Öztürk zum Mitglied des Landesjugendhilfeausschusses.

Nr. 19/431

Wahl eines Mitglieds der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration

Die Bürgerschaft (Landtag) wählt die Abgeordnete

Petra J ä s c h k e

anstelle des Abgeordneten Patrick Öztürk zum Mitglied der staatlichen Deputation für Soziales, Jugend und Integration.

Nr. 19/432

Folgende Tagesordnungspunkte werden ausgesetzt:

1. Befassungen des Petitionsausschusses – Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 20. Juli 2015
(Drucksache [19/27](#))
2. Lesung
2. Gesetz zur Änderung des Gesetzes über die Behandlung von Petitionen durch die Bremische Bürgerschaft
Bericht und Antrag des Rechtsausschusses
vom 19. Mai 2016
(Drucksache [19/452](#))
2. Lesung
3. Eine Frage der Haltung – Tierwohl fördern durch Einführung eines bundesweiten Labels
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 18. Mai 2016
(Drucksache [19/450](#))

4. Rollstuhlgerechter Wohnraum in Bremen und Bremerhaven
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. Mai 2016
(Drucksache [19/459](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 5. Juli 2016
(Drucksache [19/659](#))

5. Wie kann die Versorgung durch therapeutische Gesundheitsfachberufe verbessert werden?
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 24. Mai 2016
(Drucksache [19/460](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 28. Juni 2016
(Drucksache [19/656](#))

6. Pflegebedürftige, Angehörige und Sozialkassen besser vor Betrügern schützen!
Antrag der Fraktion der CDU
vom 25. Mai 2016
(Neufassung der Drucksache [19/502](#) vom 25. Mai 2016)
(Drucksache [19/504](#))

7. Baustellen- und Verkehrschaos verhindern – Baustellenplanungen für den Bauabschnitt 2.2 der A 281 gehören auf den Prüfstand
Antrag der Fraktion der FDP
vom 26. Mai 2016
(Drucksache [19/597](#))

8. Bremen weiter zum Automotive Standort ausbauen?
Große Anfrage der Fraktion der SPD
vom 31. Mai 2016
(Drucksache [19/620](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 2. August 2016
(Drucksache [19/669](#))

9. Umsetzung des Präventionsgesetzes in Bremen – Gesundheit in Quartieren stärken, Akteure vor Ort mit einbeziehen
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 2. Juni 2016
(Drucksache [19/630](#))

10. Suche nach vermissten minderjährigen Flüchtlingen durch bundesweite Clearingstelle stärken!
Antrag der Fraktionen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen
vom 14. Juni 2016
(Drucksache [19/649](#))

11. Zustand und Entwicklung der Polizeibehörden im Land Bremen
Große Anfrage der Fraktion der CDU
vom 15. Juni 2016
(Drucksache [19/650](#))
D a z u
Mitteilung des Senats vom 9. August 2016
(Drucksache [19/680](#))

12. Altersvorsorge transparent gestalten – gebührenfreies Vorsorgekonto einführen
Antrag der Fraktion der FDP
vom 16. Juni 2016
Drucksache [19/651](#))
13. Der Solidaritätszuschlag muss 2019 auslaufen!
Antrag (Entschließung) der Fraktion der FDP
vom 7. Juli 2016
(Drucksache [19/664](#))
14. CETA auch von Bremen aus verhindern!
Antrag der Fraktion DIE LINKE
vom 27. Juli 2016
(Drucksache [19/667](#))
15. CETA als Chance für Bremen und Bremerhaven begreifen und unterstützen
Antrag der Fraktionen der FDP und der CDU
vom 23. August 2016
(Neufassung der Drucksache [19/697](#) vom 18. August 2016)
(Drucksache [19/707](#))
16. Für eine neue Gründerkultur in Bremen und Deutschland!
Antrag der Fraktion der FDP
vom 29. Juli 2016
(Drucksache [19/668](#))
17. Vor Terror und Amok konsequent schützen – Generalverdacht und Hysterie mit Besonnenheit entgegentreten
Antrag (Entschließung) der Fraktion der CDU
vom 9. August 2016
(Drucksache [19/677](#))
18. Alarmsignale wahrnehmen – Politikunterricht in den Bremer Schulen stärken
Antrag der Fraktion der FDP
vom 15. August 2016
(Drucksache [19/684](#))
19. Fächerintegration an Schulen im Land Bremen auf den Prüfstand stellen
Antrag der Fraktion der CDU
vom 23. August 2016
(Drucksache [19/703](#))

